



ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich
am 30.11.2023

Zu Punkt **5.10**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes
vom 30.11.2023

Wien, 9. November 2023

Echte Unterstützung für Selbstständige, EPU & KMU statt Förderchaos & Übergewinne für Großkonzerne

Österreich hat nach wie vor mit einer extremen Teuerung zu kämpfen die die Selbstständigen, EPU & KMU enorm belastet. Seit September 2022 sind die Preise um 6,1 Prozent gestiegen, seit September 2021 um 17,4 Prozent. Der europäische Vergleich zeigt, dass Österreich nach wie vor die höchste Inflation in Westeuropa aufweist. Andere europäische Staaten, die vor einem Jahr ähnlich hohe Inflationsraten hatten wie Österreich damals, haben innerhalb eines Jahres ihre Teuerung besser in den Griff bekommen: Belgien hat die Inflationsrate von 12,1 auf 0,7 Prozent gesenkt, Deutschland von 10,9 auf 4,3, Spanien von 9 auf 3,2, die Niederlande von 17,1 auf minus 0,3, die Eurozone im Durchschnitt von 9,9 auf 4,3 Prozent. Österreich ist beim HVPI immer noch bei 5,8 Prozent (VPI 6,1). Die Preise steigen weiter, die Wirtschaftsleistung sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt in Österreich. Förderungen werden noch und nöcher an Großunternehmen ausgeschüttet, während Selbstständige, EPU & KMU durch die Finger schauen.

Rechtswidrige COFAG & verschlafener Energiekostenzuschuss bestätigt Totalversagen der Bundesregierung

Selbstständige, EPU & KMU werden mittlerweile seit Jahren in völliger Planungsunsicherheit gelassen. Herausforderungen wie die COVID-19-Pandemie, die Energiekrise und die anhaltende Rekordteuerung müssen die 99% der österreichischen Unternehmer:innen vollkommen alleine meistern. Im Gegensatz zu Großbetrieben, die in Krisenzeiten sogar von Übergewinnen profitiert haben und auf hohe Rücklagen zurückgreifen können, sind die kleinen Unternehmen darauf angewiesen, dass der Rechtsstaat ihr Fortbestehen in Krisenzeiten ermöglicht. Die Bundesregierung wirkt diesem Ansinnen entgegen: Der Rechtsanspruch auf Finanzunterstützung während der Pandemie wurde den Unternehmer:innen weggenommen, stattdessen eingerichtete Förderungen werden nicht oder nur in geringem Maß und ohne Anspruch ausgezahlt. Das VfGH Urteil zur rechtswidrig eingerichteten COFAG und die Inexistenz der Richtlinien zum Energiekostenzuschuss 2 konstatieren das Totalversagen der Bundesregierung, wenn es um die Unterstützung für Unternehmen geht. Das Ergebnis: Unzählige Unternehmen stehen vor dem finanziellen Abgrund, mussten Insolvenz anmelden oder haben zumindest mit enormen Herausforderungen zu kämpfen - ohne zu wissen wie es weitergehen wird.

Nachhaltige Lösungen statt Almosen und leere Versprechen

Es steht fest, dass das Almosen-System der Bundesregierung nie für Planungssicherheit sorgen wird. Selbstständige, EPU & KMU brauchen eine nachhaltige Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Ein Rechtsanspruch auf Verdienstentgang, ein Rechtsanspruch auf Finanzförderungen, nachhaltige Maßnahmen wie Preisdeckel bei Energiekosten und Mieten, das Aussetzen der CO2 Steuer-Erhöhung und die Senkung der Mehrwertsteuer für Güter des täglichen Bedarfs, hätten und könnten mehr Sicherheit schaffen. Damit Österreichs Wirtschaft sich wieder erholen kann, müssen jetzt alle an einem Strang ziehen und nachhaltige Maßnahmen gegen die Inflation und für das Wirtschaftswachstum umsetzen. Die Preiskommission in sozialpartnerschaftlicher Manier könnte hier einen wichtigen Eckpfeiler bilden. Zudem muss die Bundesregierung jetzt gezielt und segmentweise in Bereiche wie den Hochbau investieren. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, das Wirtschaftswachstum voranzutreiben und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:

Die Wirtschaftskammer setzt sich innerhalb der Sozialpartnerschaft und gegenüber der Regierung für die **Einrichtung einer handlungsfähigen Preiskommission** ein. Die Wirtschaftskammer stößt innerhalb des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen eine Studie für Maßnahmenempfehlungen gegen die Teuerung und für eine Steigerung des Wirtschaftswachstums an. Außerdem setzt sich die Wirtschaftskammer bei allen zuständigen Stellen dafür ein, dass nachhaltig wirksame Maßnahmen für das Wirtschaftswachstum und gegen die Teuerung umgesetzt werden, dazu gehören:

Regelungen für die Energiepreise: Energiepreise müssen insofern geregelt werden, als dass der Wirtschaftsstandort Österreich wettbewerbsfähig bleibt. Hierzu braucht es akute Maßnahmen wie einen Energiepreisdeckel (wie z.B. in Spanien, Deutschland). Langfristig muss das Merit-Order-Prinzip auf EU-Ebene ausgesetzt werden und ein gerechteres Modell eingeführt werden, bei dem nicht alle Preise vom Stand von fossilen Brennstoffen abhängig sind.

Regelungen für die Mietpreise: Mietpreiserhöhungen müssen i.S. des Erhalts von leistbarem Wohn- und Arbeitsraum und zur Erhaltung der österreichischen Kaufkraft gesetzlich mit einer gedeckelten Steigerungsquote versehen werden. (z.B. Modell in der Schweiz).



Abg.z.NR Dr. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich



KommR Katarina Pokorny
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich*



KommR Friedrich Strobl
*Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Österreich
SWV Fraktionsvorsitzender*